

# Nachrichten für Naunhof

Ämtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

Stuht. Sonntagsbeilage

Feuilleton Nr. 1

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Größ- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staadtitz, Threna zc.

Ercheini: wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1 Mk., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 3 Mk. 20 Pfg. Anzeigenpreis: die sechsgepaltene Zeilzeile 30 Pfg., auswärts 35 Pfg. Amlicher Teil 60 Pfg. Reklamazeile 70 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Meldeverweigerung, Verhinderung im Betrieb der Druckerei oder anderer Ursachen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.

Nr. 141.

Mittwoch, den 26. November 1919.

30. Jahrgang.

## Ämtliches.

Freitag und Sonnabend, den 28. und 29. November ds. Js. kommen

120 gr ausländisches Pökelschweinefleisch (Kinder 60 g) — zur Verteilung. Der Preis für das Fleisch beträgt für 120 g 1,23 Mk. und für 60 g 62 Pfg.

Grimma, 21. November 1919. 3246 Fl.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Gegen Abschneiden der roten Karte Marke N Nr. 10 werden vom 27. November bis 1. Dezember herausgegeben:

150 gr Feigwaren für 20 Pfg. und 100 gr Grieß für 19 Pfg.

Gleichzeitig kommen gegen Durchkreuzen der Brotausfuhr-Bezugsmarke Nr. 16

125 gr Auslandsmarmelade für 65 Pfg. zur Ausgabe.

Abgabe an die Händler bei den Warenverteilungsstellen 26. November. Gefäße sind mitzubringen.

Grimma, 22. November 1919.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft. Warenverteilungsstelle: G. A. Hoff.

## Kartoffeltrocknung.

Das Trocken, kleiner, ungefundert und zur menschlichen Ernährung unbrauchbarer Kartoffeln ist mit Genehmigung des Bezirksverbandes gestattet. Diesbezügliche Gesuche sind unter Angabe der Menge und der Trockenfabrik an die Kartoffelstelle, Grimma, Schötenhaus, zu richten, bevor die Kartoffeln an die Fabrik abgeliefert werden. Die zur Trocknung freigegebenen Mengen werden auf die jahresprozentige Schwundreserve angerechnet. Im Allgemeinen können größere Mengen als die nach dem Ernteergebnis zu errechnende Gesamtschwundmenge betragen, nicht freigegeben werden.

Darüber hinaus müssen besondere und begründete Anträge gestellt werden, namentlich dann, wenn es sich um durch Frost beschädigte Kartoffeln handelt.

Der Bezirksverband behält sich vor, bei größeren Mengen durch Sachverständige Nachprüfungen vor der Freigabe vornehmen zu lassen.

Grimma, den 22. November 1919. K. 815.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

## Ablieferungspflicht aus Hauschlachtungen.

Das Wirtschaftsministerium, dem die in letzter Zeit zahlreich hier eingegangenen Anträge auf Aufhebung der Verpflichtung zur Abgabe eines Schweineviertels bei Hauschlachtungen vorgelegt worden sind, ist zu seinem Bedauern nicht in der Lage, die Vorschriften über die Schweineviertelabgabe aufzuheben.

Die Ablieferung der Schweineviertel hat deshalb nach wie vor an die auf dem Genehmigungsantrage angegebene Sammelstelle zu erfolgen.

Grimma, 20. November 1919. 3251 Fl.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

## Gier.

Bei Anna Haase, Lange Straße 62, Minna Schirach, Bahnhofstraße 18, Vertha Wiegner, Lange Straße 54 werden vom Mittwoch, den 26. d. M. ab Auslandsleier zum Preise von 1 Mk. 20 Pfg. das Stück markenfrei abgegeben.

Naunhof, am 25. November 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat. Willer. Thiemann.

## Anzugstoff.

Der Stadtgemeinde ist ein Posten Toppenstoff zum Preise von 13 Mk. — Pfg. das Meter und Anzugstoff 32 Mk. — Pfg. —

vom Bezirksverband zur Verfügung gestellt worden. Diese Stoffe sollen an minderbemittelte Einwohner mit einem Einkommen unter 4000 Mk. oder an kinderreiche Familien abgegeben werden. Gellefert wird entweder der Stoff zu einem Anzug oder zu einer Toppe.

Anmeldungen zum Bezuge sind im hiesigen Rathaus Meldeamtzimmer bis Sonnabend, den 29. d. M. anzubringen.

Naunhof, am 24. November 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat. Willer. Thiemann.

## Brennholz.

Der Stadtgemeinde wird voraussichtlich demnächst ein größerer Posten Brennholz (Rollen und Stöcke) zugewiesen. Dieses Holz soll an minderbemittelte Einwohner bis zu 6000 Mk. Einkommen abgegeben werden. Der Preis stellt sich je nach dem Einkommen auf 20 bis 50 Mk. je rm. Abgegeben wird an die Haushaltung etwa 1 rm.

Bestellungen hierauf sind bis 29. d. M. im hiesigen Rathaus Meldeamtzimmer anzubringen.

Naunhof, am 24. November 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat. Willer. Thiemann.

## Sparkasse der Vereinsbank Naunhof in Naunhof.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 4%. Übertragungen durch unser Postscheckkonto Leipzig No. 10783 spesenfrei. — Geschäftszeit 10—1 Uhr.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

Da die Berliner deutsch-polnischen Verhandlungen zu keinem abschließenden Ergebnis geführt haben, sollen sie in Paris fortgeführt werden.

Der Reichskommissar für Schlesien, Dörfling, tritt von seinem Amte zurück, weil die Regierung seinen Antrag, den Belagerungszustand in Schlesien aufzuheben, abgelehnt hat.

Die Vernehmung Hindenburgs und Ludendorfs durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuss wird fortgesetzt werden.

Der Reichsparlament des Zentrums soll nunmehr im Januar 1920 zusammenzutreten.

Das Zentralkomitee der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht eine Erklärung, die allen Gewächsen über eine bevorstehende Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien vorläufig ein Ende bereitet.

Der Parteitag der Unabhängigen wird nunmehr am 30. November in Leipzig beginnen.

Der Berliner Metallarbeiterstreik hat den Streikfassen der beteiligten Organisationen 20,6 Millionen Mark gekostet.

## Auflösung?

Herr Dörfling, der Reichs- und Staatskommissar für Oberschlesien, hat nach einer Sitzung im Ministerium des Innern, an der neben allen autonomen preussischen Stellen auch das auswärtige Amt und andere Reichsbehörden beteiligt waren, sein Abschiedsgesuch angefordert. Er will keine Dienstentlassung beantragen, weil die Zentralstellen den Belagerungszustand für Oberschlesien noch nicht aus der Hand geben wollen, während der Staatskommissar ihn, entsprechend der einstimmig ausgesprochenen Anschauung einer von ihm am 14. November obgehaltenen Konferenz der örtlichen Parteiführer, als überflüssig bezeichnete. Die Regierung glaubte, daß die überaus milde Handhabung des Belagerungszustandes niemand, besonders keinen tubeliebenden Reichens zu stören brauche, daß aber die politische Lage keine Aufhebung verbot. Woraus Herr Dörfling dann in der Tat keine Konsequenzen zu ziehen hat.

Auffällig bleibt jedoch, daß er die Erklärung, mit der er seinen bevorstehenden Rücktritt begründete, dahin formuliert, es komme nunmehr für ihn und seine Partei in Frage, ob der Belagerungszustand weiter mit seinem Namen gedeckt werden könne. Seine Freunde und er glauben dies verneinen und die weitere Verantwortung denen überlassen zu müssen, die mit seinen Maßnahmen nicht einverstanden seien. Das klingt fast so, als wolle nicht nur dieser sozialdemokratische Staatskommissar, sondern auch die sozialdemokratische Partei sich von der verantwortlichen Geschäftsführung in Oberschlesien zurückziehen, und es fragt sich, ob die Kritik oder der Konflikt, wie man es nennen will, auf dieses eine Teilgebiet des preussischen Staates beschränkt bleiben kann. Für Oberschlesien liegen allerdings besondere Gründe für eine Neuorientierung der Parteien vor. Die Gemeindevahlen vom 9. November haben gerade den Wehrheitssozialisten sehr empfindliche Niederlagen gebracht; das Vertrauen des größeren Teils der Bevölkerung können sie imangevollheit nicht mehr für sich in Anspruch nehmen, und die Polen, mit denen sie früher immer ein Herz und eine Seele waren, wollen, seitdem im Osten das neue politische Reich entstanden ist, schon gar nichts mehr von ihnen wissen. Aber eine Neu-

gruppierung in Schlesien könnte auch für die Gesamtlage in Preußen nicht wohl ohne Rückwirkung bleiben; zumal in der Landesparlamentation schon seit Wochen allerlei Liebenswürdigkeiten zwischen den sozialistischen und den bürgerlichen Bestandteilen der Regierungsmehrheit im Gange sind. Nebenher laufen die heißen Bemühungen um Wiederherstellung der brüderlichen Einigkeit zwischen den beiden sozialistischen Gruppen, die, wenn sie gelängen, den Demokraten und Zentrumsleuten das Abschiednehmen von den Ministerständen wesentlich erleichtern würde. Eine Trennung in Preußen müßte aber auch — anders als im Sommer — im Reich die Auflösung der Koalitionsregierung zur unmittelbaren Folge haben, da jetzt nicht wie damals eine Einzelfrage sich zwischen die Wehrheitsparteien stellte, sondern die ganze Grundlage ihres Zusammenschlusses bedroht wäre. Wenigstens muß man bis auf weiteres annehmen, daß Zentrum und demokratische Volkspartei mit den Unabhängigen keine Möglichkeit einer gemeinsamen erproblichen Tätigkeit finden könnten — und umgekehrt.

Aber so weit sind wir im Augenblick noch nicht. Remer der ober-schlesischen Verhältnisse werden vielleicht die hier eröffneten Perspektiven als hinfällig bezeichnen und hinter dem Rücktritt Dörflings mehr persönliche als politische Gründe zu suchen geneigt sein. Wenigstens konnte man dieser Tage in dortigen Blättern mancherlei Spotterre auf den hochwürdigen Herrn Reichs- und Staatskommissar lesen, in denen gewisse Lokale, gewisse Lieder und gewisse nächtliche Vergnügungen eine ausgesprochen handgreifliche Rolle spielten. Der Abgang aus grundsätzlichen Erwägungen heraus macht sich in solchen Fällen immer ungleich besser. Aber die Frage des Belagerungszustandes ist doch nun einmal auf Tapet gebracht, und wenn Herr Dörfling damit im Recht ist, daß mit ihm auch seine Partei die weitere Verlängerung dieser außerordentlichen gesetzlichen Vollmachten ablehnt, dann gewinnt dieser Personenwechsel unsehbar ein ernstes Gesicht. Die Verteilungskünster werden ihre ganze Gewandtheit aufbieten müssen, wenn dieser „Fall“ auf seinen Ausgangsberd beschränkt bleiben soll.

## Eine ämtliche Erklärung.

fast zu den Vorparlamenten, daß die bisherigen Nachrichten über die Verhandlungen im Ministerium des Innern und über den Rücktritt Dörflings unzutreffend und unvollkommen sind. Es hat mit den Seiten der Behörden aus Ober- und Mittelschlesien eine Belagerung zur Information über die jetzige Lage stattgefunden, an der auch ein Vertreter des auswärtigen Amtes teilgenommen hat. Dabei wurde festgestellt, daß in der Presse des Zentrums und der Sozialdemokratie in Oberschlesien der Wunsch nach Aufhebung des Belagerungszustandes geäußert worden sei und daß auch Parteiführer dieser Parteien und der deutschen demokratischen Partei den gleichen Wunsch geäußert hätten. Auch Herr Dörfling erklärte, daß er zwar keine Garantie für die Fortdauer des friedlichen Zustandes, der gegenwärtig in Oberschlesien herrsche, übernehmen könne, daß er aber trotzdem die Aufhebung des Belagerungszustandes vorschläge, natürlich unter dem Vorbehalt, daß er beim Ausbruch neuer Unruhen wieder eingeführt werden müsse. Demgegenüber wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß bei der bevorstehenden Entlassung Oberschlesiens vom Militär erst recht außerordentliche Sicherungsmaßnahmen vorgenommen werden müßten, und daß wohl zu überlegen wäre, ob man eine Maßregel dieser Art aufheben könne, wenn man mit der Möglichkeit rechnen müsse, sie bald wieder einzuführen. Zum Schluß sagte der Minister des Innern das Ergebnis der Belagerung dahin zusammen, daß weder er noch das preussische Staatsministerium allein in dieser Frage entscheiden könnten, sondern daß sie nur in Verbindung mit dem Reichskabinett geregelt werden könnte. Eine sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes könne demnach nicht in Frage kommen. Darauf gab Herr Dörfling die bekante Erklärung seines Rücktritts ab. Der Minister des Innern erwiderte, daß auch die Amtsniederlegung nicht ohne Zustimmung der Reichs- und Staatsregierung zulässig wäre. Der Minister erwiderte Herrn Dörfling, sein Amt einstweilen weiterzuführen, was dieser aufbete.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Der Reichstagskommission hat in Berlin seine erste Sitzung abgehalten, in der Bergwerksbesitzer Hugo Stinnes lebhaftest Angriffe gegen das Reichswirtschaftsministerium richtete wegen der Einschränkung des Hütten- und Eisenverbrauchs. Er machte der Regierung den Vorwurf, daß sie ohne Berücksichtigung der Folgen für die deutsche Volkswirtschaft die Kohlenlieferungen an die Entente schon begonnen habe, ehe sie nach dem Friedensvertrag dazu verpflichtet war. Sowohl seitens des Reichskohlenkommissars wie seitens der Regierungsvorsteher wie auch seitens der Arbeitervertreter wurden

# 1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe

bringen jährlich 50 Mark Sparzinsen, außerdem Bonus und Gewinne

die Normale zurückgewiesen. Der Vertreter des Reichs-  
wirtschaftsministeriums legte dar, daß zwingende Gründe  
zur Einschränkung des Kohlenverbrauchs vorgelegen  
haben, und daß man unter allen Umständen einen Zu-  
sammenschluß des Eisenbahnwesens habe vorzuziehen  
müssen. Nach einer weiteren lebhaften Aussprache über  
die Frage, ob Arbeiter in größeren Umfange beschonnt  
werden, wurde von beiden Seiten, sowohl der Arbeit-  
geber wie der Arbeitnehmer der Wunsch laut, daß man  
ohne Mißtrauen gemeinsam an der Abstellung der noch  
im Bergbau herrschenden Mißstände arbeiten möge.

Disziplinarverfahren gegen einen Landrat. Nach-  
dem vor einiger Zeit die Ausweisung des Landrats Dr.  
Krauser in Höchst am Main durch die französische Be-  
setzungsbehörde erfolgt ist, hat diese Behörde den Kreis-  
schulinspektor Hindrich in Höchst die Verwaltung des  
Landratsamtes übertragen, obwohl die ausländische Beset-  
zungsbehörde hiergegen bei dem französischen Be-  
setzungsbehörden Einspruch erhoben hat und die Staats-  
regierung Hindrich in seinem Amt nicht anerkennt. Da  
Hindrich das Amt ohne Genehmigung der ihm vorgelegten  
Behörde angeht, hat, im übrigen auch gegen ihn der  
Vorwurf erhoben wird, staatsfeindliche Bestrebungen durch  
seine politische Tätigkeit zu unterstützen, ist gegen ihn das  
Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung  
eingeleitet worden.

Reichs- und Staats-  
ämtern. Wie von amtlicher Seite erklärt wird, beträgt  
die Zahl der in höhere Verwaltungsstellen eingerückten  
Reichs- und Staatsämtern einschließlich der Oberpräsidenten,  
Reichs- und Staatskommissare, Regierungs- und Vollge-  
richtspräsidenten, Landräte und kommissarisch bestellten Beamten  
nach dem Stand vom 15. November in Preußen 41.

Die nordfriesische Frage. Der dänische Minister  
für Schleswig, Hansen, hielt in Odense eine Rede,  
in der er erklärte, er betrachte es als Pflicht, als Minister  
für Nordfriesland dafür zu sorgen, daß dänischerseits das  
Dauer so groß als möglich werde. Die Unterrichtsfrage  
werde sich nach der Vollstreckung richten. Man werde aber  
starke Rücksicht auf das Recht der Minderheiten nehmen.  
In den Städten schlage man eine Teilung der Klassen  
nach Sprachen vor, so daß die Eltern frei bestimmen  
können, in welcher Sprache ihre Kinder unterrichtet  
werden sollen. Er habe stets die Arbeit in der zweiten  
Zone nach Kräften unterstützt. Er sei aber ein Gegner  
der dritten Zone gewesen, die den Reim zu kommenden  
Kriegen legen würde. Es sei Pflicht Dänemarks, an die  
kommenden Geschlechter zu denken. Es würde eine große  
Gefahr für Dänemark bedeuten, wenn ein großer deutscher  
Blut nach Dänemark läme.

Hindenburg und Ludendorff auf der Auslieferung-  
liste. Die englische Presse will wissen, daß sowohl  
Hindenburg als auch Ludendorff auf der Liste der Offiziere  
stehen, die ausgeliefert werden sollen, und zwar nicht nur  
wegen der grausamen Verwundungen in Frankreich,  
sondern auch wegen ihrer Teilnahme an der Durchführung  
des ungelösten U-Boot-Krieges und all seiner Folgen.

#### Frankreich.

Die noch nicht erfüllten Waffenstillstandsbedin-  
gungen. Zwischen den deutschen Delegierten Freiherrn  
v. Versner und Ministerialdirektor v. Simson und dem  
französischen Generalleutnant der Friedenskonferenz Dulac  
und dem Leiter der politischen Angelegenheiten Verbelot  
hat im Ministerium des Auswärtigen ein erster Meinungs-  
austausch über das Protokoll stattgefunden, das die Durch-  
führung derjenigen Waffenstillstandsbedingungen betrifft,  
die am Tage des Inkrafttretens des Pariser Vertrages  
noch nicht erfüllt worden sind. Die eigentlichen Verhand-  
lungen beginnen in einigen Tagen.

#### Großbritannien.

Ratifizierung auch ohne Amerika. Im Unterhaus  
legte Bonar Law in Antwort auf eine Frage, welchen  
Einfluß die Haltung des amerikanischen Senats im all-  
gemeinen habe: Wenn die amerikanische Ratifizierung  
nicht gleichzeitig mit den anderen Mächten den Rati-  
fizierungsbeschluss fassen, werden die anderen alliierten und  
assoziierten Regierungen darin keineswegs ein Hindernis  
zur Ratifizierung erblicken.

Ägypten in Aufruhr. In Alexandria kam es  
erneut zu Unruhen, bei denen es verschiedene Tote und  
Verwundete gab. Der Gouverneur ist zurückgetreten.  
Nahmud Soliman Wahba und Ibrahim Said Wahba,  
der Präsident und Vizepräsident des Komitees der  
ägyptischen Delegation, sind auf Befehl der britischen  
Militärbehörde festgenommen worden.

#### Aus In- und Ausland.

Paris. Der Bund der Gewerkschaften der Seine beschloß,  
am 7. Dezember in jeder Gewerkschafts-Verammlung zu  
gunsten der russischen Sowjetrepublik zu organisieren.

Bern. Der Nationalrat und der Ständerat haben die  
Vorlage über den Eintritt der Schweiz in den Völker-  
bund definitiv angenommen.

London. Die bolschewistische Regierung soll bereit  
sein, ihre Flotte im Finnischen Meerbusen als Friedensgarantie  
auszuliefern.

London. Nach einer Washingtoner Meldung beriet  
Präsident Wilson mit dem Finanzminister und dem Handels-  
minister über die baldige Einberufung einer internationalen  
Konferenz zur Regelung des internationalen  
Geldverkehrs und der ausländischen Kredite.

### Die Betriebsorganisationen.

In der Presse beider sozialistischer Parteien ist die  
Diskussion über die Stellung der Betriebsräte in letzter  
Zeit wieder sehr lebhaft gewesen. In der U. S. B. D.  
ist es dieser Frage wegen zu einem heftigen Konflikt und  
darüber hinaus fast zu einer Spaltung zwischen den  
Freien, die der „Freiheit“ nahesteht und den Anhängern  
Däumigs gekommen. Im folgenden soll über die bis-  
herige Entwicklung dieser Räte und ihre rechtliche und  
tatsächliche Stellung nach offiziellen Angaben kurz orien-  
tiert werden:

Schon vor der Revolution gab es in den meisten  
größeren Betrieben Vertrauensleute der sozialistischen  
Parteien, die dann in den Novembertagen des Jahres  
1918 die Organisation der Arbeiterräte in die  
Hand nahmen. Die so gewählten „Arbeiterräte“ sind  
nicht mit den auf gesetzlicher Grundlage eingeleiteten  
„Betriebsräten“ und „Angestelltenausschüssen“ zu ver-  
wechseln; sie wurden beiseite gewählt und sollten  
allmählich obrigkeitliche Funktionen übernehmen, stellen  
also gewissermaßen Anlässe zu einer Pflanzung dar.  
Als zentrale Instanz schufen sie sich in Berlin den jetzt  
angesehenen Vorkomitee, der zeitweilig als oberste Be-  
hörde des ganzen Reiches fungierte und daneben den

Arbeitsrat, der noch jetzt als Ausschuss der Arbeiterräte  
für das ganze Reich besteht.

Wenn auch diese Arbeiterräte keine eigentlichen Be-  
triebsorganisationen sind, so üben sie doch in vielen  
Betrieben, namentlich der Berliner Metallindustrie, einen  
überwiegenden Einfluss aus. In Berlin gibt es heute  
noch etwa 1600 solcher Räte, die sich vielfach als  
„revolutionäre Organe“ bezeichnen. Sie beraten Betriebs-  
verordnungen ein, leiten Abstimmungen an und sind nach  
Ansieht vieler Gewerkschafter die Hauptstützen der Un-  
ruhen und Streiks in den Betrieben.

Neuerdings arbeiten die U. S. B. D., die R. V. D.  
und die Sozialisten darauf hin, diese Betriebsorgani-  
sationen weiter auszubauen und womöglich an die Stelle  
der Gewerkschaften zu setzen. Die Erörterung der sich  
hieraus ergebenden Fragen hat geradezu zu einer Krise  
im Gewerkschaftsleben geführt, um so mehr, als die Ideen  
der Sozialisten und Kommunisten unter den Gewerks-  
chaften immer mehr Boden zu gewinnen scheinen.

### Die nahende Regierungskrise.

#### Der Kampf um das Betriebsrätegesetz.

Der sozialpolitische Ausschuss der Nationalversammlung  
ist in der Beratung des Betriebsrätegesetzes bei  
Artikel 84, der die Aufgaben der Betriebsräte regelt,  
angelangt. Darin ist u. a. vorgegeben, daß bei Betrieben  
mit Aufsichtsräten zwei Mitglieder des Betriebsrates im  
Aufsichtsrat mit gleichen Rechten und Wägen Sitz  
und Stimme haben sollen. Diese Bestimmung erscheint den  
nicht-sozialdemokratischen Parteien als weitgehend,  
während der Sprecher der Sozialdemokratie erklärte,  
bei Ablehnung dieser Bestimmung habe seine Partei  
kein Interesse mehr an ganzen Gesetz. Auf Vorschlag  
eines Zentrumsvorredners wurde die Weiterberatung ver-  
zagt, um eine Entscheidung hierüber unter den Regie-  
rungsparteien herbeizuführen.

### Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

#### Weiterführung in Paris.

Die bisher in Berlin geführten deutsch-polnischen Ver-  
handlungen haben, wie amtlich erklärt wird, nach der  
Feststellung von Abkommen über die Räumung der ab-  
zutretenden Gebiete in militärischer und administrativer  
Hinsicht sowie über die vorläufigen Verhältnisse der  
deutschen Beamtenschaft und der wirtschaftlichen Be-  
ziehungen einen gewissen Abschluß erreicht. Über eine  
Reihe von Fragen ist ausführlich verhandelt, jedoch noch  
kein Ergebnis erzielt worden, das zum Gegenstand eines  
Staatsvertrages gemacht werden könnte. Namentlich hat  
sich gezeigt, daß über die Auslegung des Friedensvertrages  
verschiedene Anschauungen auf deutscher und polnischer  
Seite bestehen, so z. B. über die Begriffe des Staats-  
eigentums, über die Behandlung der Ökonomie und über  
die Liquidationsrechte. Da die Auslegung des Friedens-  
vertrages die Auseinandersetzung mit den angrenzenden  
polnischen Verhandlungen weiterzuführen. In Berlin  
wird u. a. der Unterstaatssekretär Seiba zurückbleiben, um  
noch über einzelne Fragen, die mit der Auslegung des  
Friedensvertrages nichts zu tun haben, z. B. das definitive  
Beamtenabkommen, zu verhandeln.

### Welt- und Volkswirtschaft.

#### Der Stand der Mark.

Fel der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief = angeboten  
und Geld = gekauft. Die Saluta steht jetzt für je 100 Gulden  
(G.) 100 Kronen (Kr.) bzw. 100 Franc (Fr.).

Börsenplätze	22. 11.		21. 11.		20. 11.	
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam G.	1661	1664	1720 1/2	1723 1/2	1718 1/2	1721 1/2
Kopenhagen Kr.	87 1/2	88 1/2	93 1/2	95 1/2	94 1/2	96 1/2
Stockholm Kr.	97 1/2	97 1/2	102 1/2	103 1/2	104 1/2	106 1/2
Christiana Kr.	93 1/2	94 1/2	98 1/2	99 1/2	100 1/2	101 1/2
Bern Fr.	764	765 1/2	834	835 1/2	829 1/2	830 1/2

Im Frieden sollen im Durchschnitt 100 holländische Gulden  
170 Mark, 100 dänische, schwedische bzw. norwegische Kronen  
112 Mark und 100 Franc rund 80 Mark, von kleinen Kurs-  
schwankungen natürlich abgesehen.

\* Erhebung der Saluta durch Ausfuhrzölle. Im  
Reichsministeramt hat man die Revision der

## Was

bringt die  
Deutsche Spar-Prämienanleihe

## Jedes Jahr

Mk. 50.— Sparginsen  
für ein Stück von 1000 Mark.

## Jedes Jahr

25000 Bonusgewinne von  
1000 Mark bis 4000 Mark

## Jedes Jahr

5000 Gewinne gleich  
50000000 Mark.

Zelchnungen bei allen Bankgeschäften,  
Banken, Sparkassen und Genossenschaften.

Erhebungen stattgefunden über Maßnahmen zur Erhebung  
unserer Saluta. Das Ergebnis dieser Erhebungen  
zeigte sich in einer gewissen Vereinheitlichung der gesetzgebenden  
Stellen, zu dem Mittel der Ausfuhrzölle zu greifen.  
Der Hauptverband der deutschen Industrie, der sämtliche  
maßgebenden Organisationen unserer Industrie umfaßt,  
war in Berlin veranlaßt, um die gleiche Angelegenheit  
zu beraten. Das Ergebnis dieser Beratung ist von großer  
Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Die  
diesem Hauptverband angeschlossenen Industrien haben sich  
fast sämtlich bereit erklärt, im Wege der Selbstverwaltung die  
Ein- und Ausfuhr zu kontingentieren, um dadurch den  
Stand unserer Saluta zu bessern, die planlosen Einkäufe  
im Auslande zu verhindern und dem Verschleudern  
deutscher Waren nach dem Auslande vorzubeugen.

Neue schwere Lohnkämpfe im Ruhrgebiet. Die  
Lohnmännchen und technischen Angestellten der industriellen  
Betriebe in Westfalen sind wegen geheimerer Tarif-  
verhandlungen in den Auslande getreten. Die Unter-  
nehmer haben die Erklärung abgegeben, daß sie daraufhin  
sämtliche Betriebe stilllegen werden. Dadurch werden über  
15000 Arbeiter in Westfalen arbeitslos. Der Bund  
der technischen Angestellten und Beamten beschloß die  
nachdrücklichste Unterstützung der streikenden Angestellten.  
Es wird mitgeteilt, daß die Industrie im Ruhrgebiet  
am Vorabend umfangreicher und schwerer Kämpfe,  
namentlich in der Metallindustrie, steht, zu denen der  
Westfälischer Angestelltenbund den austritt bilde.

### Sächsishe und Lokale Mittelteilungen.

Naunhof, den 25. November 1919.

Merktblatt für den 25. November.

Sonnenaufgang 7<sup>11</sup> | Mondaufgang 6<sup>11</sup>  
Sonnenuntergang 8<sup>11</sup> | Monduntergang 6<sup>11</sup>  
1862 Der Dichter Rode de Voo geb. — 1837 Ter ameslo-  
nische Großindustrielle Antoon Garnege geb.

Die Sparprämienanleihe als Weihnachtsgeschenk  
wird vielfach empfohlen. Ein praktisches Beispiel wird  
die Bedeutung der Sparprämienanleihe erläutert: Ein  
Großvater hat zwei Enkelkinder, Richard und Ulrich, im  
Alter von neun und vier Jahren und eine Enkeltochter  
Marianne im Alter von einem Jahr. Als Weihnachtsgeschenk  
zeichnet der Großvater für jedes Enkelkind je ein  
Stück Sparprämienanleihe und bestimmt, daß alle auf  
die drei Stücke entfallenden Prämien- und Bonusgewinne  
zu gleichen Teilen für jedes Kind bis zu seiner Groß-  
jährigkeit verzinslich angelegt werden sollen. Wenn alle  
Kinder großjährig geworden sind und kein Stück vorher  
getilgt worden ist, so bekommt jedes Kind ein Stück.  
Wird aber vor der Großjährigkeit des jüngsten Kindes,  
Marianne, ein Stück getilgt, so bekommt der Älteste,  
Richard, die betreffende Tilgungssumme. Die beiden  
übrigen Stücke bleiben wie bisher weiter verwaltet, bis  
nach erfolgter Großjährigkeit von Marianne die beiden  
Kinder Ulrich und Marianne sich die beiden Stücke nummern-  
weise teilen. Nehmen wir nun an, daß eines der drei Stücke  
im achten Jahre einen Gewinn von 50000 Mark erhalten  
hat, daß ferner im zehnten Jahre ein Stück mit 1600  
Mark getilgt worden ist und dabei einen Bonusgewinn  
von 1000 Mark erhalten hat, und daß schließlich im  
16. Jahre ein weiteres Stück mit 1800 Mark getilgt  
wurde, so stehen den Kindern bei ihrer Großjährigkeit,  
einschließlich 6% Zinsen, folgende Beträge zur Ver-  
fügung: Richard: 20502 Mark Gewinn und Bonus und  
1600 Mark Tilgungssumme = 22102 Mark. Ulrich: 26281  
Mark und 1800 Mark Tilgungssumme = 28081 Mark.  
Marianne: 30424 Mark und 1800 Mark Rüdigungssum-  
me = 32224 Mark. Aber selbst wenn keines dieser drei  
Stücke in den ersten 20 Jahren getilgt worden wäre und  
kein Gewinn in dieser Zeit auf die Stücke entfallen  
würde, so würde der Rüdigungssumme von 1800 Mark  
für jedes am Anfang des 20. Jahres gefündigte Stück  
immerhin noch eine Verzinsung von 3% Zinsen ein-  
sprechen.

Naunhof. Mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums  
hat das Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — gemäß  
§ 9 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen den Wohnungs-  
mangel vom 23. September 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1143) den  
Bürgermeister zu Naunhof zu folgenden Maßnahmen ermächtigt:  
1. Der Bürgermeister ist berechtigt, dem Verfügungsberechtigten  
einer benutzten Wohnung, die der Behörde im Verhältnis zur  
Zahl der Bewohner und zu der am Orte herrschenden Wohnungsnot  
nicht genügend ausgenutzt erscheint, für solche entbehrlichen Teile der  
Wohnung, die ohne erhebliche bauliche Veränderungen zur Verwendung  
als selbständige Wohnungen abgetrennt werden können, einen  
Wohnungssuchenden zu bezeichnen, mit dem er einen Mietvertrag  
abzuschließen hat. Kommt ein Mietvertrag nicht zustande, so  
soll auf Anrufen des Bürgermeisters das Einigungsamt, falls für den  
Verfügungsberechtigten kein unvernünftiger Nachteil zu befürchten  
ist, einen Mietvertrag schließen. Das Einigungsamt kann dabei anordnen,  
daß die Gemeinde anstelle des Wohnungssuchenden als Mieter gilt  
und berechtigt ist, die Mieträume dem Wohnungssuchenden weiterzu-  
vermieten.

2. Auf Anfordern des Bürgermeisters hat der Verfügungsberechtig-  
te der Gemeinde Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Ge-  
schäfts- oder sonstige Räume, die im Verhältnis zur Größe des  
Betriebes nicht genügend ausgenutzt erscheinen, zur Herrichtung von  
Wohnräumen gegen Vergütung zu überlassen. Das Einigungsamt  
bestimmt die Höhe der Vergütung und die Zahlungsbedingungen,  
wenn eine Einigung hierüber nicht zustande kommt. Die Gemeinde  
ist berechtigt, den Gebrauch der hergerichteten Räume einem Dritten  
zu überlassen insbesondere sie zu vermieten.  
Für die Rückführung gelten die Bestimmungen in § 5 der  
Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom  
23. September 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1143).

Ist der Verfügungsberechtigte selbst nur Mieter der in Anspruch  
genommenen Räume, so wird die Erlaubnis seines Vermieters, die  
Sache weiter zu vermieten, gegebenenfalls durch die Festsetzung des  
Einigungsamtes erletzt.  
Die Festsetzung des Mietvertrages durch das Einigungsamt ist  
ein Verwaltungsakt und als solcher von der Behörde durchzuführen.  
Zur Durchführung der Befugnisse unter 1 und 2 kann der  
Bürgermeister anordnen,  
daß der Verfügungsberechtigte aller in Betracht kommenden  
Räume seinem Beauftragten über diese Räume und die Art ihrer  
Benutzung Auskunft zu erteilen und die Befestigung zu gestatten hat.  
Wer die geforderte Auskunft nicht oder nicht rechtzeitig erteilt,  
oder willkürlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder  
eine Befestigung nicht gestattet, wird gemäß § 10 Ziffer 2 der Be-  
kanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom  
23. September 1918 mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark bestraft.

Naunhof. Der Totenkonntag wurde auch bei uns — wie  
allerorten in deutschen Landen — eine Gedächtnisfeier für  
unsere Gefallenen. Der Militärverein von Naunhof und  
Umg., der Turnverein (D. T.), die Schützengesellschaft und der Ge-  
sangsverein „Harmonie“ waren mit ihren Fahnen in der Kirche er-  
schienen, die bis auf den letzten Platz von einer trauernden, ihrer  
Nelden gedenkenden Gemeinde gefüllt war. Das Wort von der Traue  
bis zum Tode fand im Mittelpunkt des Gottesdienstes und löste  
wider in dem Gesange des Kirchenchors. — Am Nachmittag weihten  
viele auf dem Friedhof bei ihren Gräbern, die sie mit den letz-  
ten Nummern des Jahres schmückten, und laschten unserm Doppel-  
quartett und seinen weihenollen Liedern von Tod und Vergehen, von  
Ruhe und Frieden.

Naunhof.  
Kriegsgefangen  
des Reichswehrs ein-  
bezogen. amerikanisch  
Herr Stadtrat T. H.  
des Ausschusses, wel-  
chen Willkommen der  
Gefangenen, be-  
genommen. Nach  
schloß Herr Stadtrat

Naunhof.  
den Dienst der We-  
sonder. Vorh  
Gefangenen des  
Angehörigen Dulac  
ist hierzu ein erst-  
heutiger Nummer  
Bischof unferer vor-  
pfehen.

Naunhof.  
Kirchenvorstandes  
des Kirchens  
Demokratisch  
Freunde der Partei  
8 Uhr nach dem  
wünschenswert, daß  
recht zahlreicher wer-  
bekannt und belie-

Eine Mah-  
schließen wieder  
Es gibt einen  
Nicht über die  
oder das doch nur  
sach darum, weil die  
ist. Jede des Be-  
die er zu vergeben  
noch immer am  
entsprechende Zeit  
Bum! Eine ein-  
man das große  
möglichst oft und  
Zusatz wird sein  
den Vorgesetzten  
Regier verordnet  
sich — um den  
vermag, wissen am  
ind. Also inwiefern  
angehen.

Verkaufsges-  
Verbandes jährlich  
inwiefern sprach  
Auswertung der U-  
dinas nur an den  
ligt gehalten werden  
mungen auch der  
der Verkauf für die  
gegeben wird.

Kochpreise  
Kochpreise ist behan-  
lassen. Um einer U-  
doch nach Kochprei-  
Kriegsgefangenen je  
Kochpreise sind be-  
gemacht.

Ausfuhrer  
übernehmen ist in  
Verfolgung der bei  
in Frage kommen  
können daher nicht  
nicht aufgebraucht  
lohr besteht, daß S

In Nocht  
Es sind bereits Ver-  
eingeleitet.

Presden.  
Stadtvorstandes  
unvollständigen Zu-  
spiel bezichtigt, wer  
Schriftführer der S  
Schlag der Debatte  
man sich so lange  
empfehl, die Bezo-

Zur Wa-  
Zeit haben sich soll  
lösen wegen Betr  
mehr Unterstüzung  
angere ihre volle  
längere Zeit lebend  
zuständige Stelle je  
lösung, Mitteilung  
Betrages schuldig.  
sollen fällen Geld  
zu 1000 Mk. aus-  
— Oberrotten

Verjammung Stell-  
lieferung des ange-  
solange nicht nach-  
die jetzt dem Verbr-  
wände sich ferner  
Kommissionen und  
Preis hierfür in he-

Kangburke  
icht nachträglich für  
das Eternit Streuz

Sprachlich  
den Niederlande  
in gebietern Sp  
Nach Griechent  
des Wäbernd a  
zuständig nach  
Spanien und  
handelsgerichtl  
und französisch  
Rugoskwinen, u  
werden nur Dan

Ein neuer  
Vollstetung mit  
in Wägen ein-  
der Wahl beid  
nächsten Konstitu  
berufen.

Selbstmord  
Böhmensamt in  
Schiederer mit  
eine von ihm  
1. Dezember au  
unterzeichnet, fi

In der U-  
die Schlimmung  
worden ist, auf-  
grenze auf 50  
merkan 60 Ma  
Gedächtnisfeier  
zur Verfestigung

zur Ordnung  
desprechtungen  
beizugeben  
zu stellen.  
ber sämtliche  
Angelegenheit  
von großer  
Leben. Die  
haben sich  
Erhaltung die  
dadurch den  
den Einkäufe  
Verkleidern  
gen.  
gebiet. Die  
industriellen  
weiter Lärri-  
Die Unter-  
denaustin  
werden über  
Der Bund  
beschloß die  
Angelegenheit.  
Ruhlohn-  
eter Kämpfe,  
denen der  
blide.

ffungen.  
ember 1919.

g<sup>98</sup>  
g<sup>98</sup>  
Ter amerit<sup>o</sup>

htögeheit  
ispiel wird  
äußern: Ein  
nd Ulrich, im  
Enfellocher  
Weihnachts-  
ellind je ein  
ah alle auf  
onusgewinn  
einer Grob-  
Wenn alle  
Stück vorher  
ein Stück.  
sten Kindes,  
der Älteste,  
Die beiden  
ermaltet, bis  
e die beiden  
ide nunmehr  
drei Stücke  
lark erhalten  
d mit 1600  
onusgewinn  
hließlich im  
Rark getilgt  
ofhjährigkeit,  
ge zur Ver-  
onus und  
rich: 26 281  
171 Mark.  
ündigung  
dieser drei  
n wäre und  
e entfallen  
1800 Mark  
nigte Stück  
Vinesjanien

isministeriums  
ant - gemäß  
en Wohnungs-  
S. 1143) den  
nen ermäßig-  
ngsberechtigten  
Verhältnis zur  
Wohnungsnot  
den Teile der  
e Verwendung  
önnen, einen  
n Mietvertrag  
sonde, so sehr  
falls für den  
eil zu befragen  
abei anordnen,  
is Mieter gilt  
denen wertzju-

Verfügungsbe-  
Dienst. Ge-  
zur Größe des  
errichtung von  
Einigungsamt  
sbedingungen,  
Die Gemeinde  
einem Dritten

m in § 5 der  
smangel vom  
er in Anspruch  
bermieters, die  
Bestellung des  
igungsamt ist  
durchzuführen.  
2 kann der

t kommenden  
s die Art ihrer  
u geklärt hat.  
gellig erhalten,  
im mocht oder  
er 2 der Be-  
smangel vom  
Mark bestraf.  
i uns - wie  
eiter 18  
Raunhof und  
ber der Kirche  
erwanden, ihrer  
von der Treue  
es und löste  
umtötige weil-  
mit dem lehr-  
ferm Doppel-  
Vergehen, von

— Naunhof. Am Sonntag vorletzten die hiesige Kriegsgefangenenheimkehrer-Vereinigung im Rathaus eine Begrüßungsfeier für die bis jetzt aus englischer bzw. amerikanischer Gefangenschaft zurückgekehrten 26 Gefangenen. Herr Stadtrat Thiemann begrüßte die Erschienenen im Namen des Musikchors, worauf ihnen Herr Pfarrer Herbrig einen herzlich willkommenen Gruß entgegenbrachte. Hierauf wurde die Verteilung der Geschenke, bestehend aus Lebensmitteln und Raucherartikeln vorgenommen. Nach einem Schlusswort des Herrn Pfarrer Herbrig schloß Herr Stadtrat Thiemann die Feier.

— Naunhof. Das hiesige Lichtspieltheater hat sich in den Dienst der Wohltätigkeit gestellt. Morgen Mittwoch finden drei Sonder-Vorstellungen zum Besten der Unterstützungs- und Sterbekasse des Einheitsverbandes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Deutschlands statt, worauf wir besonders hinweisen. Es ist hierzu ein erstklassiges Programm vorgelegt. Siehe Anzeige in heutiger Nummer. Schon im Hinblick auf das gute Zweckes sei der Besuch unseres vorzüglich besetzten Lichtspiel-Theaters bestens empfohlen.

— Naunhof. Von großer Wichtigkeit für die kommende Kirchenvorstandswahl ist der Vortrag des Herrn Pastor Seidel aus Grimma über die Volkshilfe, wozu die Deutsch-Demokratische Partei nicht nur ihre Mitglieder, sondern auch Fremde der Partei für morgen Mittwoch, den 26. November, abends 8 Uhr nach dem „Rothenburger Erker“ ladet. Es erscheint daher wünschenswert, daß der Besuch zu diesem interessanten Vortrage ein recht zahlreicher werde, zumal der Herr Vortragende eine auch hierorts bekannte und beliebte Persönlichkeit ist.

— Eine Mahnung an Geschäftleute. Seht, da sich das Geschäftslieben wieder zu erholen beginnt, sei darauf hingewiesen, welchen Nutzen eine geübte Zeitungsreklame für den Geschäftsmann hat. Es gibt vielerlei Gutes überall, um das sich kein Mensch kümmert oder das doch nur sehr geringe Nachfrage erweckt! Warum? Einfach darum, weil das „Gute“ dem großen Publikum völlig unbekannt ist. Sache des Verkäufers ist es nun, die Vorzüge derjenigen Artikel, die er zu vergeben hat, ins rechte Licht zu rücken. Und dies geschieht noch immer am verhältnismäßig billigsten durch eine kluge, zweckentsprechende Zeitungsreklame. Freilich, auf einen Schlag fällt kein Baum! Eine einzige Anknüpfung will nicht viel nützen. Will man das große Publikum zu sich heranziehen, so muß man ihm möglichst oft und nachdrücklich seine Firma ins Gedächtnis rufen. Zunächst wird sein Interesse geweckt. Wenn er aber erst durch den Vorzug dieses und jenes Artikels, so wird sein Interesse in Neugier verwandelt, bis er doch schließlich die betreffende Firma aufsucht — um den Gegenstand „zu probieren“. Was Zeitungsreklame vermag, wissen am besten Werbetreibende, die durch sie groß geworden sind. Also inserieren, oder wie es auf gut Deutsch heißt: seine Ware anzeigen.

— Verkaufszellen auf Jahrmärkten. Zu einer Eingabe des Verbandes sächsischer Händler und Schauerler an das Wirtschaftsministerium sprach sich die Gewerbetreibenden dahin aus, daß eine Ausdehnung der Verkaufszellen auf Jahrmärkten über 7 Uhr abends hinaus nur an den Orten Sachsen für wünschenswert und gerechtfertigt gehalten werden kann, an denen durch ortspolizeiliche Bestimmungen auch den anständigen Handel- und Gewerbetreibenden der Verkauf für diese Abendstunden an Messen und Märkten freigegeben wird.

— Höchstpreise für Gemüsekonserven. Der Abfall der Gemüsekonserven ist bekanntlich in diesem Jahre dem freien Handel überlassen. Um einer Überverteilung der Händler zu begegnen, sind jedoch noch Höchstpreise festgelegt worden, welche die Gemüsekonserven-Kriegsgefangenen-Vereinigung im Reichsanzeiger veröffentlicht hat. Die Kleinhandelspreise sind durch Aufdruck auf den einzelnen Dosen ersichtlich gemacht.

— Ausfuhrverbot für Futtermittel. Die Ernte an Futtermitteln ist in diesem Jahre so gering, daß im Interesse der Versorgung der heimischen Landwirtschaft eine Ausfuhr vorerst nicht in Frage kommen kann. Ausfuhranträge auf Futtermitteln können daher nicht genehmigt werden. Früher bereits erteilt, aber nicht aufgebrauchte Ausfuhrscheine werden nicht verlängert, da Gefahr besteht, daß Samen diesjähriger Ernte zur Ausfuhr gelangt.

— In Rücksicht plant man die Einrichtung eines Ferngaswerkes. Es sind bereits Verhandlungen mit einer Reihe von Nachbarkommunen eingeleitet.

— Dresden. Das Telephonend wurde in der letzten Stadtvorstandssitzung zur Sprache gebracht. Es wurden die unbilligen Zustände eingehend geschildert und es als ein Vorkriegsproblem bezeichnet, wenn man wirklich einen Anschluß erhalten. Der Schriftführer der Stadtvorstandssitzung beantragte schließlich Schluß der Debatte, da die Oberpolizeidirektion gar nicht wertete, daß man sich so lange mit ihr beschäftigen sollte. Ein anderer Stadtvorstandsrat empfahl, die Bezahlung der Gebühren geschlossen zu verweigern.

— Zur Warnung für Arbeitslose. In der letzten Zeit haben sich fast täglich vor dem Chemnitzer Schöffengericht Personen wegen Betrugs zu verantworten gehabt, die als Arbeitslose mehr Unterstützung bezogen haben, als ihnen zukam, d. h. sie bezogen ihre volle Unterstützung weiter, obwohl sie auf kürzere oder längere Zeit lohnende Arbeit hatten. Von solchem Verdienst ist in der zuständigen Stelle jedesmal, und zwar bei Erhebung der nächsten Unterstützung, Mitteilung zu machen. Wer das unterläßt, macht sich des Betruges schuldig. Das Chemnitzer Schöffengericht hat bisher in solchen Fällen Geldstrafen bis zu 3 Wochen oder Gefängnis bis zu 1000 Mk. ausgeworfen.

— Oberrotterndorf. Die hiesigen Landwirte nahmen in einer Versammlung Stellung zur Hofabgabe. Sie erklärten, der Ablieferung des angeforderten Hofers zu dem Preise von 20,25 Mark solange nicht nachzukommen, bis die Wucherpreise für Hoferschlösser, die jetzt dem Verbraucher abverlangt werden, herabgesetzt sind. Man wandte sich ferner gegen die fortwährenden Belästigungen durch Kommissionen und gegen die Abgabe der Schweinesteuer, da der Preis hierfür in keinem Verhältnis zu dem Erzeugerhelfen steht.

— Kanaburkeraderl. Herrn Lehrer Seltsman hier wurde recht nachdrücklich für hervorragende Verdienste in der Marneklacht das Eiserne Kreuz 1. Klasse verliehen.

### Nah und Fern.

o Sprachliche Beschränkungen im Frachtverkehr. Nach den Niederlanden ist über den Inhalt von Telegrammen in geheimer Sprache auf Verlangen Auskunft zu geben. Nach Griechenland werden Drahtungen nur auf Gefahr des Absenders angenommen. Geheime Sprache ist nicht zulässig nach Belgien, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Spanien und Ungarn, nach der Schweiz nur an die handelsgerichtlich eingetragenen Firmen. Deutsch, Englisch und Französisch ist überall zulässig mit Ausnahme von Jugoslawien, wo Deutsch verboten ist. Nach Frankreich werden nur Handelstelegramme zugelassen.

o Ein neuer deutscher Kardinal. Wie die Schlesiische Volkszeitung mitteilt, hat laut einer bei der Kurialatur in München eingelaufenen Deutsche des Kardinalsekretärs der Stadt beschlossen, den Bischof von Breslau im nächsten Konsistorium in das Kollegium der Kardinele zu berufen.

o Selbstmord wegen Wohnungsnot. Im städtischen Wohnungsamt in München verpfändete sich der Kaufmann Schiederer mit Spanien. Er war aufgefordert worden, eine von ihm unrechtmäßig bezogene Wohnung am 1. Dezember zu räumen. Nachdem er das Protokoll unterschrieben, führte er den Selbstmord aus.

o In der Beförderung von Expreßgut ist nunmehr die Bestimmung, die anlässlich des Krieges getroffen worden ist, aufgehoben worden, wonach die Höchstgewichtsgrenze auf 50 Kilogramm hinaufgesetzt worden ist. Aufmerksam gemacht wird jedoch darauf, daß nur solche Gegenstände zur Beförderung angenommen werden, die sich zur Beförderung im Postwagen eignen.

Ein Glücksspiel ohne Beschränkung. Für jeden, der in Hoffnung auf einen Glücksgewinn der Lotterien irgendwelcher Art teilzunehmen pflegt, bietet sich jetzt eine Gelegenheit, mit geringem Einsatz ohne jedes Risiko bei größten Ausfällen sein Glück zu versuchen. Die Deutsche Spar- und Prämienanleihe, die vom 10. November bis 3. Dezember zur Zeichnung ausliegt, enthält folgende Gewinnmöglichkeiten. Jedes der 5 Mill-Stücke (zu je 1000 Mark) nimmt bis zu seiner Tilgung jährlich an zwei großen Gewinnverlosungen teil. Bei jeder Gewinnverlosung werden 2500 Gewinne in Gesamthöhe von 25 Millionen Mark ausgesetzt, darunter 5 Hauptgewinne zu je 1 Million, 5 Gewinne zu je 500 000 Mark usw. Es werden also im ganzen bis zur völligen Tilgung 400 000 Gewinne ausgesetzt. Ferner erhält jedes zweite gezogene Spar- und Prämienstück einen Sondergewinn (Bonus), der mit den Jahren von 1000 Mark bis auf 4000 Mark wächst. Endlich erhält jedes Stück bis zur Tilgung jährlich 50 Mark Zinszuschlag, der zusammen mit dem Einsatz auszubehalten wird.

# Lichtspiele.

## Morgen Mittwoch, den 26. November 1919

### 3 Sonder-Vorstellungen

zum Besten der Unterstützungs- und Sterbekasse des Einheitsverbandes der Kriegsbeschädigten u. Hinterbliebenen Deutschlands Ortsgruppe Naunhof.

Der österreichische Kunstfilm

## „Der Sonnwendhof“

5 Akte  
nach dem gleichnamigen bekannten Roman von H. S. Mosenthal.

### „Teddy's Traumfahrt“

und Extrabeilagen.

Anfang für Kinder: 3 Uhr nachmittags  
Für Erwachsene: 6 u. 9 Uhr abends.  
Einlaß 1/3 Uhr. Einlaß 1/2 Stunde vor Beginn.

Preise der Plätze:  
Sprengel: 2.—; I. Platz 1.50; II. Platz 1.—; III. Platz 0.75. — Kinder zahlen die Hälfte.

Jugend- und Vorzugskarten haben keine Gültigkeit.

### Wohnzimmer Schlafzimmer Speisezimmer bedermöbel Gediegene Wohnungs- Ausstattungen

Mäßige Preise

Werkstätten für Raumkunst  
Reichsstr. 16 Leipzig Fernspr. 12290

## Einlösung von Zinscheinen!

Das Gesetz gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 verpflichtet die Besitzer von inländischen Wertpapieren, dieselben vom 1. Dezember 1919 ab bei deutschen Bankfirmen zu hinterlegen. Eine Abnahme von Zinscheinen im freien Verkehr darf nicht mehr stattfinden, nur die Bankfirma, bei der das ganze Wertpapier oder der Zinsbogen mit Erneuerungsschein hinterlegt ist, darf die betreffenden Zinscheine einlösen.

Wir nehmen Wertpapiere zwecks Erfüllung obiger Vorschriften gegen mäßige Gebühr in Verwaltung und Verwaltung und bitten schon jetzt mit der Einreichung der Wertpapiere zu beginnen.

### Vereinsbank Naunhof.

Durch die Teilnahme jedes Stückes an allen Ziehungen bis zur Tilgung, sowie durch die Sondergewinne bei der Tilgungsauslösung ist für 200 000 Stücke, also 50%, aller Zeichner, eine Gewinnmöglichkeit gegeben, womit die Ausichten aller Lotterien und Glücksspiele weit übertraffen sind.

### Kirchennachrichten.

So. Jünglingsverein. Mittwoch, 26. November, nachm. 7 Uhr: Liedung, Stunde und Versammlung.  
So. Jungfrauenverein. Mittwoch, 26. November nachm. 8 Uhr: Gesangsstunde und Versammlung.

Infolge technischer Schwierigkeiten mußte der Roman für die nächste Nummer zurückgestellt werden.  
Die Red.  
— Redaktion: Robert Gung. — Druck und Verlag: Gung & Co. in Naunhof. —

## Am heutigen Mittwoch abend 8 Uhr findet im Rothenburger Erker eine Mitglieder-Versammlung der Deutsch-Demokratischen Partei statt. — Herr Pastor Seidel aus Grimma wird dabei einen Vortrag über die Volkshilfe halten. — Wegen der kommenden Kirchenvorstandswahl ist dies von besonderem Interesse und es ist darum zu hoffen und zu wünschen, daß sich die Mitglieder und Freunde der Deutschen Demokratischen Partei zahlreich einfinden werden.

## Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

### Zeichnungen

nehmen wir kostenfrei bis 3. Dez. 1919 entgegen.

### Vereinsbank Naunhof.

## Dr. med. C. Siegfried

Spezialärztin für Augenkrankheiten  
LEIPZIG, Johannisplatz 1, I  
zurück. Sprechzeit wochentags 9—12 und 3—5.

## Beste Bezugsquelle für Schuhmacher

### Heinrich Berthold

Lederhandlung Leipzig, Nikolaistr. 20-26  
Leder-Ausschnitt.

## Riese „Vater Jahn“

Mittwoch, 26. 11. 19 1/9 Uhr  
Versammlung. D. V.

## Spinat

verkauft  
Genuß. Wurzenerstraße.

## Bisitenkarten

empfehl  
Buchdruckerei Gung & Co.

## 20 jähriges Mädchen

mit gut. Zeugn., selbst arbeitend, sucht zum 1. 1. Stellung, in welcher es das Kochen nach erlernen kann. Angebote nach Köhra Nr. 60.

## Granatbroche (Sternform)

von Wurzenerstraße bis Bahnhof verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben  
Melanchthonstr. 4 prt.

## Enterich

zu kaufen gesucht. Zu melden  
Goethestr. 20.

## Schuhe

werden befohl  
Gartenstraße 33<sup>1</sup>.

## Achtung!

### Kammerjag. Preise kommt

Vertilgt Ratten, Mäuse, Schwaben, Rassen, Heimchen u. f. w. unter schriftl. Garantie; komme auch aufs Land. Aufträge bitte unter obiger Adresse in der Geschäftsstelle dieses Blattes bis 1. Dezember d. J. niederzulegen.

## Besonders günstig für Brautleute!

Verkauf Leipzig, Liebigstr. 8 I. Etage Ecke der Nürnbergerstraße kompl. Küchen v. M. 295 an  
Wohnzimmer 690  
Schlafzimmer v. M. 795  
Speisezimmer „ 1975  
Einzeln Büffets „ 625  
„ Schränke „ 150  
„ Vertikals „ 175  
Sofas in Friedenaplan  
Enorm große Auswahl  
Versand nach jeder Station.  
Besichtigung unverb.

Am 24. November, abends 11 Uhr verschied nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann

## Wilhelm Schuster

im 81. Lebensjahre.  
Dies zeigt hierdurch an  
NAUNHOF, 25. November 1919

### Die trauernde Gattin Christiane verw. Schuster und Hinterbliebene.

Beerdigung erfolgt Freitag, den 28. November, nachmittags 1/4 Uhr von der Halle aus.

# Zeichnet die mündelsichere Spar-Prämienanleihe!

die im Betrage von 5 Milliarden Mark aufgelegt wird.

Die Spar-Prämienanleihe stellt eine glückliche Verbindung von Anleihe und Lotterie dar. Die Rückzahlung des vollen Kapitals und der Zinsen ist garantiert neben den jährlich auszuzahlenden Gewinnen.

**Es gibt also keine Risiken!**

Überdies bietet die Spar-Prämienanleihe den Zeichnern Gelegenheit, Kriegsanleihe zur Hälfte zum Nennwert (also 100 Prozent) in Zahlung zu geben.

## Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

1. Ziehung:  
1. März 1920

Es kommen zweimal im Jahre zur Auslosung:		
5 Gewinne zu Mark	1000000	Mark 5000000
5	"	500 000
5	"	300 000
5	"	200 000
10	"	150 000
20	"	100 000
50	"	50 000
100	"	25 000
200	"	10 000
300	"	5 000
400	"	3 000
400	"	2 000
1000	"	1 000
<b>2500</b>	<b>Gewinne</b>	<b>Mark 25 000 000</b>

2. Ziehung:  
1. Juli 1920

Weiter findet jährlich einmal eine Auslosung zwecks Rückzahlung statt. Die in dieser Tilgungsziehung gezogenen Nummern erhalten den Nennwert von 1000 Mark und die aufgelaufenen Zinsen von 5 Prozent für jedes abgelaufene Jahr, außerdem aber noch jede zweite Nummer eine Sonderprämie (Bonus) von 1000 bis 4000 Mt.

Preis der Spar-Prämienanleihe:  
**Jedes Stück kostet 1000 Mark**

Zahlungsweise: Für jedes Stück von 1000 Mark sind zu zahlen 500 Mark in Kriegsanleihe und 500 Mark in bar und zwar sofort bei der Bestellung 100 Mark in bar, die restlichen 400 Mark und die 500 Mark Kriegsanleihe bis 29. Dezember 1919. Die Barzahlung von 500 Mark für jedes Stück kann auch sofort voll geleistet werden.

Wer keine Kriegsanleihe hat, kann sich solche durch mich zum jeweiligen Börsenkurse, z. Bt. etwa 80 Proz. besorgen lassen.

Bestellungen müssen spätestens bis 3. Dezember 1919 in meinen Händen sein.  
Spätere Aufträge können nicht berücksichtigt werden.

**Paul Steinberg & Co., Berlin G.** Rosenthaler Straße 40/41  
Postfach-Konto: Berlin 3255

# M

für die Ge  
Fuchshai

Ergebnis d  
Anzeigenpreis

Nr. 142.

Am 1. Deze  
Die Zählung erho  
Schweine, Schaf  
Die Aufnahm  
bei den Besitzern  
meinbeordründe  
sind zu diesem Ze  
Wer vorfähr  
richtige oder unso  
zu 6 Monaten od  
kann Vieh im Ur  
Grimma, 2

St

Infolgeber  
rechnungswesens  
die städtischen An  
zu verlegen. In  
Sauschallplan fe  
jahr 1920 in d  
Weise weiter erh  
Erhebung folgen  
1 Termin  
jetzigen S  
tember 19  
1 Termin  
einheit, f  
Grundfläch  
Februar 1  
Besondere  
Bei der Zahlung  
Raunho

Mei

\* Clemenceau  
Herausgabe der  
\* Der Reichsa  
staatsrechtlich b  
denten des Reich  
\* Im Saarge  
Banken von de  
\* Den Hande  
Industrie- und  
\* Halbamtlich  
taubt worden ist  
Projekt Warlob  
\* In Köln  
gebirgen geg  
Dr. Dörten.

Hände

Der Ober  
aufgehan und  
des gemahregel  
sogar lediglich  
zu verdanken,  
Einrichtung ni  
den Schülerna  
Schreiben unte  
sache bestehen,  
Zustand der  
die es gut mit  
dauert werden  
Es ist wir  
scheidung nur  
verantwortlich  
Biele ebensomen  
müter gelangen  
Nationalverlam  
mit leinen ung  
mit ihren tiefg  
rungen auch a  
gegangen; teil  
Sträten gelebt  
verständigen W  
verfärten, ja a  
so weit aefon

